

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Dr. Christian Ruck, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, Georg Girisch, Kurt-Dieter Grill, Helmut Lamp, Dr. Paul Laufs, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Franz Obermeier, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Repnik, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Werner Wittlich und der Fraktion der CDU/CSU

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Sechsten Weltklimakonferenz – Verpflichtung und Chance

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels mit seinen unabwägbaren Risiken für kommende Generationen ist es dringend geboten, die Verhandlungen über die Kyoto-Mechanismen auf der Sechsten Vertragsstaatenkonferenz in Den Haag zum positiven Abschluss zu bringen. Es kann nicht mehr länger zugewartet werden. Auf dieser Konferenz müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass das Kyoto-Protokoll endlich von der Mehrheit der Vertragsstaaten ratifiziert wird und damit in Kraft treten kann. Erst dann besteht die Chance, dass es international zu tiefgreifenden Fortschritten bei der Verminderung des Treibhauseffektes kommt. Dabei spielen auch die Entwicklungs- und Schwellenländer eine immer wichtigere Rolle.

Der Deutsche Bundestag nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Bundesregierung auf der Grundlage des Klimaprotokolls von Kyoto den Klimaschutz als eine große umweltpolitische Herausforderung ansieht. Doch ist festzustellen, dass durch die „Instrumentendiskussion“ wichtige Jahre auf internationaler Ebene verloren gegangen sind. Der Bundesregierung ist dabei vorzuwerfen, dass sie die Schrittmacherrolle, die Deutschland auf den internationalen Konferenzen in Rio und Kyoto wahrgenommen hat, nicht mehr erfüllt.

Mit ihrer Kernenergieausstiegspolitik und der drastischen Absenkung der Mittel für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist sie zunehmend isoliert. Auch auf nationaler Ebene lässt die Bundesregierung ein schlüssiges Klimaschutzkonzept vermissen und das notwendige Engagement, den Bürgern die Klimaschutzpolitik zu vermitteln.

Zustimmend nimmt der Deutsche Bundestag zur Kenntnis, dass die Bundesregierung das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtungserklärung endlich als wirksamen Beitrag zum Klimaschutz anerkennt, da dieses von der ehemaligen Bundesregierung zusammen mit der deutschen Wirtschaft entwickelte Instrument einen wesentlichen Beitrag zu den CO₂-Reduktionen leistet. Andere

Maßnahmen der Bundesregierung wie die Ökosteuer oder das EEG sind dagegen kostenintensiv, sozial unausgewogen und klimapolitisch ineffizient.

Die Bundesregierung muss bei den anstehenden Verhandlungen der so genannten „Senkungsproblematik“ ein größeres Gewicht beimessen. Der Schutz von wichtigen und stabilen natürlichen Speichern, wie vor allem Primärwäldern und Feuchtgebieten, muss im internationalen Rahmen stärker als bisher gefördert werden.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. die überproportionalen Kürzungen im Ressort wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zurückzunehmen, um die sich aus den Schlussdokumenten der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung sowie nachfolgender Klima- und Umweltkonferenzen ergebenden Verpflichtungen wahrzunehmen,
2. die Anstrengungen der Entwicklungsländer um eine Stärkung der Bewirtschaftung, Erhaltung und nachhaltigen Entwicklung ihrer forstlichen Ressourcen hinsichtlich einer notwendigen Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen stärker zu unterstützen,
3. in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Wirtschaftsverbänden der Bundesrepublik Deutschland schlüssige Konzeptionen zu entwerfen, die den Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern ermöglicht, mit steigendem Wohlstand die Klimarisiken nicht zu erhöhen,
4. ein Konzept zur Schaffung internationaler Rahmenbedingungen für den Emissionshandel vorzulegen,
5. Modelle für die flexiblen Instrumente (Handel und Emissionsrechte, Joint Implementation und Clean Development Mechanismen) zu erarbeiten, die kompatibel sind mit dem nationalen Instrument der Selbstverpflichtung,
6. auf die USA und Japan Einfluss zu nehmen, dass diese national ihren Reduktionsverpflichtungen nachkommen,
7. darzulegen, wie ein schlüssiges nationales Programm über die Darstellung abstrakter Ziele hinaus zur Einhaltung des zugesagten deutschen Klimaschutzzieles realisiert werden kann,
8. darzulegen, wie sie sich die Förderung der Altbausanierung über das Jahr 2003 hinaus vorstellt und zu erklären, ob sie beabsichtigt, hierzu über das Jahr 2003 hinaus finanzielle Mittel bereitzustellen,
9. für den Verkehr ein Konzept vorzulegen, das den Anforderungen von Mobilität und Umweltschutz angemessen gerecht wird,
10. zu erklären, wie sie in der Bevölkerung das Bewusstsein für einen effektiven und sparsamen Energieeinsatz schaffen möchte.

Berlin, den 7. November 2000

Dr. Peter Paziorek

Dr. Christian Ruck

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Cajus Caesar

Marie-Luise Dött

Georg Girisch

Kurt-Dieter Grill

Helmut Lamp

Dr. Paul Laufs

Vera Lengsfeld

Bernward Müller (Jena)

Franz Obermeier

Christa Reichard (Dresden)

Hans-Peter Repnik

Hans Peter Schmitz (Baesweiler)

Werner Wittlich

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion